

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion
z.Hd. Frau Melanie Zeiter
Standortförderung Baselland
Amtshausgasse 7
4410 Liestal

Liestal, 8. September 2017

Stellungnahme zur Vernehmlassung betreffend «Teilrevision des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft (Wirtschaftsförderungsgesetz)»

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihre Einladung zur öffentlichen Vernehmlassung betreffend «Teilrevision des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft (Wirtschaftsförderungsgesetz)». Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, uns zur Gesetzesänderung zu äussern.

Die FDP Baselland hat grosse Vorbehalte gegen die «Teilrevision des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft (Wirtschaftsförderungsgesetz)». Wir halten die vorgesehene weitgehende Konzentration der Wirtschaftsförderungsanstrengungen in der Verwaltung nicht für zielführend, sondern im Gegenteil für kontraproduktiv.

Im Gesetzesentwurf werden keine Schnittstellen mit den Gemeinden, den Vertretern der Wirtschaft oder weiteren in der Wirtschaftsförderung aktiven Institutionen oder Organisationen geregelt – gerade in der Standortpflege wäre dies aber von grosser Bedeutung. Nach unserem Verständnis sollte die Wirtschaftsförderung als Verbundlösung aufgegleist werden. Das heisst: Neben Kanton und Gemeinden sind weitere (private) Organisationen und Institutionen einzubeziehen. Im Gesetzesentwurf findet sich keine klare diesbezügliche Aussage.

So wird beispielsweise in der Vorlage nicht klar, welche Rolle Basel Area (Verein zur Standortpromotion) künftig spielen soll. Auch die für den Kanton zentrale Arealentwicklung bzw. die Schaffung von wirtschaftlichen Entwicklungsgebieten nimmt nicht den nötigen Stellenwert ein. Sie wird zwar erwähnt, jedoch ist unklar, wo die Zuständigkeiten liegen und was deren Hauptaufgaben sind. Zudem ist die Finanzierung dieses Vorhabens völlig unklar.

Als besonders gravierend und inakzeptabel erachten wir den Wegfall des Wirtschaftsförderungsfonds. Dieser garantierte bzw. garantiert eine grosse Flexibilität und nötigenfalls zeitnahes Agieren – beispielsweise in Krisensituationen. Es handelt sich um eine eigentliche – von der FDP Baselland seinerzeit mitgetragene – politische Errungenschaft, die nun wegen einer Empfehlung aus der Finanzkommission geopfert werden soll. Wir erachten dies als gänzlich falsch. Sollte der Fonds abgeschafft werden, müssten allfällige Mittel via langwierigen parlamentarischen Prozess mittels Kreditanträgen generiert werden. Das ist nicht die Idee einer raschen und flexiblen Wirtschaftsförderung, es wäre wohl eher ihr Ende.

Dasselbe gilt für die geplante Abschaffung der Wirtschaftsförderungskommission, welche bisher dank des Fonds Impulse setzen und zeitnah reagieren konnte, ohne sich über den parlamentarischen Weg ein Budget bewilligen zu müssen. Auch hier wird eine wichtige Er rungenschaft aus der Vergangenheit zunichte gemacht. Denn mit der Kommission wurde bisher sichergestellt, dass der Regierung ein ausgewogen besetztes Entscheidungsgremium zur Seite stand, das seine Sichtweisen einbringen konnte und die Entscheide entpolitisierte.

Beim Lesen der Vorlage wird man den Eindruck nicht los, dass es dem Kanton vor allem darum geht, die Wirtschaftsförderung möglichst bei sich zu konzentrieren und die übrigen (entscheidenden) Player aussen vor zu lassen. Stattdessen wäre es in Bezug auf die Wirtschaftsförderung zielführender, wenn die Kommission beibehalten und hinsichtlich Know-how noch gestärkt würde, indem entsprechende Kompetenzanforderungen an deren Mitglieder formuliert werden. Aus unserer Sicht wäre es angezeigt, die Gemeinden in der einer geeigneten Form zu integrieren.

Fazit: Die FDP Baselland haltet die «Teilrevision des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft (Wirtschaftsförderungsgesetz)» für unbrauchbar. In der vorliegenden Form könnte man genauso gut darauf verzichten, überhaupt ein Wirtschaftsförderungsgesetz zu haben. Da der FDP jedoch die Wirtschaftsförderung – neben dem Streben nach schlanken gesetzlichen Strukturen – ein zentrales Anliegen ist, fordern wir zwecks Behebung der skizzierten Schwachstellen eine Rückweisung des Geschäfts an den Regierungsrat.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und stehen Ihnen für allfällige Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen
FDP.Die Liberalen Baselland



Paul Hofer
Parteipräsident



Rolf Richterich
Fraktionspräsident